

Blick in die Zeitschriften

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Enttäuschend

Nach den «Schwerpunkten» des Parteivorstandes hat ein weiteres beachtenswertes Produkt Eingang in den sozialdemokratischen «Basar der Ideen» — um einen Ausdruck des früheren Rekrors der Handelshochschule St. Gallen Alfred Meier zu verwenden — gefunden: Die «Thesen» der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Auf diese Thesen werde sich — so die offizielle Darstellung — «die konkrete Arbeit der Sozialdemokratischen Fraktion für den Rest der laufenden Legislaturperiode stützen».

Die bürgerliche Presse hat sie allerdings etwas anders eingestuft: Als Kontrapunkt zu eben den erwähnten «Schwerpunkten». Dies kommt nicht von ungefähr: Einmal hat man beim politischen Gegner verständlicherweise die Gewohnheit, alle Dinge in der SP nach parteiinternen Differenzen zu untersuchen, zum anderen gehen die «Thesen» ja auch direkt auf die «Schwerpunkte» ein. Allerdings sind die Thesen offenkundig keine Ausformulierung der leitlinienhaften «Schwerpunkte», sondern eher ein Korrekturversuch. Um es kurz zu machen: Die «Thesen» sind in der Tat kein Aktionsprogramm für das eigene Handeln, sondern ein Beitrag zur parteiinternen Diskussion.

Wo ist dieser Beitrag einzuordnen? Er ist zweifellos eine Mahnung zur Vorsicht, die Partei dürfe sich nicht allzusehr für neue Ideen öffnen. In den «Thesen» wird zum Beispiel die Ansicht vertreten, «qualitatives und massvolles Wirtschaftswachstum» sei die Grundlage

des sozialen Fortschrittes; eine Verknüpfung, die in den «Schwerpunkten» fehlt. Dort stehen soziale und materielle Sicherheit sowie Lebensqualität zuoberst im Katalog er erstrebenswerten Ziele; wobei einmal offen gelassen wird, ob dazu Wirtschaftswachstum nötig ist oder nicht. Ich glaube, hier befinden wir uns an einem zentralen Punkt, denn das uneingeschränkte Bekenntnis zum Wirtschaftswachstum im alten Parteiprogramm von 1959 war gerade einer der wichtigsten Anlässe, eine Programmrevision in Angriff zu nehmen. In diesem Sinne ist es enttäuschend, wenn die Fraktion trotz dem erklärten Willen, «eine hoffnungsvolle und mutige Sprache zu führen», nicht weiter geht als zur Formulierung: «Ökologie und Ökonomie sind untrennbar. Unsere Aufgabe ist es, wirtschaftliche Entwicklung einerseits, Umweltschutz und Lebensqualität andererseits in Einklang zu bringen». Ähnliche Formulierungen werden zweifellos auch in den bürgerlichen Programmen auftauchen. Dabei hat die Diskussion um das Umweltschutzgesetz im Nationalrat gezeigt, dass die SP-Parlamentarier weit umweltbewusster sind als der Durchschnitt ihrer bürgerlichen Kollegen.

Die politischen Verhältnisse in der Demokratie bedingten Kompromisse, heisst es in den Thesen weiter. Das ist zweifellos wahr und trifft natürlich vor allem für die Arbeit der Fraktion zu. Dafür sollte die Basis Verständnis zeigen; in der Alltagspolitik muss immer sorgfältig abgewogen werden, ob man den «kleinen Schritt» oder die «grosse Demonstration» will. Den Kompromiss mit dem politischen Gegner aber schon ins Programm einzubauen, wäre verfehlt.

Es ist mir schon klar, dass ein Parlamentarier, der selber ge-

wählt werden muss und bei dem eine Nichtwiederwahl demzufolge auch mit einer persönlichen Niederlage verbunden ist, nicht so frisch von der Leber politisieren will wie ein junger Aktivist. Es gilt aber auch die Worte des deutschen Sozialdemokraten Fritz Vilmar — gewiss kein linker «Stürmi» — zu bedenken, der an einer Tagung in der Schweiz einmal seiner Verwunderung Ausdruck gegeben hat, warum die Schweizer SP nicht einmal zum grossen Programmentwurf aushole. Ja, die SPD, die müsse halt auf den letzten Wechselwähler Rücksicht nehmen, damit sie nicht aus Bonn verdrängt werde — aber ob die SPS nun 23 oder 27 Prozent der Stimmen erhalte, sei doch letztlich so unwichtig, dass man mutig und klar politisieren könne. Sein Vorschlag war übrigens: Warum die SPS die Erhaltung der schönen Schweizer Umwelt nicht zur nationalen Frage mache...

André Gunz, Ostschweizer AZ

Blick in die Zeitschriften

«Neue Wege», die Zeitschrift mit Beiträgen zum Christentum und Sozialismus bringt in ihrer Oktobernummer unter anderem einen Beitrag von Willy Spieler «Die Armee als Staatsreligion», in dem sich der Autor, der auch für die Rote Revue schreibt, mit der bundesrätlichen Botschaft gegen die Zivildienst-Initiative befasst. Die Botschaft wird — zu recht — als ein Dokument der Dialogunfähigkeit bezeichnet, indem die eigene Sicherheitsdoktrin zur Staatsreligion aufgeplustert wird.

Weitere Beiträge befassen sich mit dem Thema Startbahn West, mit der Aktion «Soldatenfriedhof». Ein Beitrag ist Nachdichtungen des Psalm 37 gewidmet.